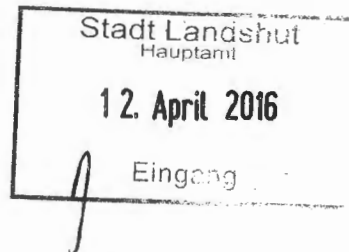




An den
Stadtrat der Stadt Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Rathaus
Altstadt 315, 84028 Landshut
Tel.: +49 871 88-1790
Fax.: +49 871 88-1789
fraktion.gruene@landshut.de



Landshut, 12. April 2016

Berichtsantrag

Maßnahmen im Katastrophenfall

Die Verwaltung möge berichten:

- 1.) Welche Aufgaben werden im Falle der Freisetzung von Radioaktivität aus den kerntechnischen Anlagen in Ohu von den Behörden sowie den Hilfs- und Rettungsdiensten in Stadt und Landkreis Landshut übernommen und wie ist die Zusammenarbeit mit der Regierung von Niederbayern als zuständiger Katastrophenschutzbehörde geregelt? Wo ist die zentrale Einsatzleitung angesiedelt?
- 2.) Die deutsche Strahlenschutz Kommission hat im Februar 2014 eine Empfehlung zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken verabschiedet, die sich für eine deutliche Ausweitung der Planungsgebiete beim Katastrophenschutz ausspricht. Wurden die Katastrophenschutzpläne für die Umgebung um die Atomkraftwerke Isar I, Isar II und das Zwischenlager BELLA von der Regierung von Niederbayern dahingehend überarbeitet?
- 3.) Wurden die Stadt, die Polizei, die Feuerwehren sowie die übrigen Hilfs- und Rettungsdienste über den Inhalt der überarbeiteten Katastrophenschutzpläne informiert?
- 4.) Wo können sich die Bürger*innen über die überarbeiteten Katastrophenschutzpläne informieren.
- 5.) Welche konkreten Planungen für eine eventuelle Evakuierung der Bevölkerung gibt es?
- 6.) Wurde eine möglichst realitätsnahe Erprobung der Szenarien durchgeführt oder ist sie beabsichtigt? Welche atomaren Katastrophenschutzübungen führten unsere Feuerwehren, Polizei, Rettungsdienste und Behörden in den vergangenen Jahren durch. Wurden diese Übungen gemeinsam mit dem Landkreis durchgeführt?
- 7.) Wurden jemals Quellterm –Berechnungen bei verschiedenen realistischen Wetterlagen bei Annahme eines Austritts des gesamten radioaktiven Inventars eines Reaktors in Ohu erstellt, bzw. ist es beabsichtigt dies zu tun?
- 8.) In welchen Regionen ist mit Kontaminationen über dem Evakuierungswert zu rechnen? Werden diese Zahlen öffentlich bekanntgegeben?
- 9.) Wie kann eine schnelle Versorgung der Bevölkerung mit Jodtabletten sichergestellt werden? Wo sind die Tabletten derzeit gelagert und wurde ihre Verteilung geübt? Trifft es zu, dass für Personen über 45 Jahren keine Jodtabletten mehr vorgesehen sind?

Begründung:

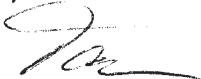
Wie die Ereignisse in Tschernobyl und Fukushima gezeigt haben, können ernste Zwischenfälle bis hin zu einem Super-Gau in atomtechnischen Anlagen niemals vollständig ausgeschlossen werden. Die Strahlenschutzkommission hat die Ereignisse von Fukushima strahlenschutzfachlich aufgearbeitet. Aus ihren Empfehlungen vom Februar 2014 ergeben sich vor allem für die Evakuierungsplanung erhebliche Änderungen. Bisher musste die Evakuierung nur für den Umkreis von 10 km um Kernkraftwerke geplant werden. In Zukunft müssen sie einen Umkreis von 20 Kilometern abdecken. Im Evakuierungsgebiet um die kerntechnischen Anlagen in Niederaichbach liegen sie somit bei 212.000 Personen statt wie bisher 35.000.

Anlässlich der außerordentlich besorgniserregenden Vorkommnisse im AKW DOEL in Belgien, wurden die Auswirkungen eines großen Atomunfalls auf die Stadt Aachen überprüft. Es stellte sich heraus, dass die bisherigen Vorkehrungen für einen solchen Unfall vollkommen unzureichend sind und dass es unmöglich wäre, die Städteregion Aachen in der notwendigen Geschwindigkeit zu evakuieren.

gez.

Hedwig Borgmann
Stadträtin

f.d.R.



(Tathammer)